

Wahlkreisarbeit zahlt sich doppelt aus – Zur Wirkung des Amtsinhaberstatus einer Partei auf ihren Zweitstimmenanteil bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1998

*Jens Hainmueller, Holger Lutz Kern und Michael Bechtel**

1. Einleitung

Seit den frühen 90er Jahren haben mehr als 30 Länder Wahlsysteme eingeführt, die die Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen mit Elementen der Verhältniswahl verbinden. Es vermag daher nicht zu überraschen, dass die wissenschaftliche Zurückhaltung, mit der solchen kombinierten Wahlsystemen anfangs vor dem Hintergrund der idealtypischen Unterscheidung zwischen Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht begegnet wurde, inzwischen einem erheblichen Forschungsinteresse gewichen ist (Massicotte und Blais 1999; Shugart und Wattenberg 2001; Ferrara et al. 2005). Nicht nur die Entstehung solcher Wahlsysteme (Bawn 1993; Shugart 2001), sondern auch deren Bedeutung für strategisches Wählen und den Eintritt neuer Parteien in den politischen Wettbewerb wurden dabei ausgiebig untersucht (Bawn 1999; Gschwend et al. 2003; Moser und Scheiner 2005). Die Literatur hat inzwischen auch den Einfluss kombinierter Wahlsysteme auf das Verhalten des Gesetzgebers (Lancaster und Patterson 1990; Stratmann und Baur 2002; Bawn und Thies 2003) und die Entwicklung von Parteiensystemen (Shugart und Wattenberg 2001; Ferrara et al. 2005) analysiert.

Ein wichtiger Grund für das steigende Forschungsinteresse an kombinierten Wahlsystemen besteht darin, dass diese scheinbar die Möglichkeit bieten, Wählerverhalten unter den Bedingungen unterschiedlicher Wahlsysteme (Mehrheits- und Verhältniswahl) einem kontrollierten Vergleich zu unterziehen (Moser und Scheiner 2005: 260). Die Wirkung unterschiedlicher Wahlsysteme könne hier, so das gängige Argument, bei gleichzeitiger Kontrolle für Störvariablen untersucht werden (Lancaster und Patterson 1990; Stratmann und Baur

* Wir danken Barry Burden, Alexis Diamond, Federico Ferrara und Walter R. Mebane, Jr., den Teilnehmern des Political Behavior and Political Psychology Workshops an der Harvard University und den Teilnehmern des Incumbency Advantage Panels der 2006 Midwest Political Science Association Conference für hilfreiche Kommentare.

2002; Moser 1999; Moser und Scheiner 2005). Dieses forschungslogische Argument kann aber nur dann überzeugen, wenn die beiden Komponenten des Wahlsystems tatsächlich unabhängig voneinander sind. Im Falle des deutschen Wahlsystems dürfen sich der Erst- und Zweitstimmenanteil einer Partei in einem Wahlkreis nicht gegenseitig beeinflussen. Neuere empirische Belege für die Existenz von so genannten Kontaminationseffekten, also von Wechselwirkungen zwischen den in kombinierten Wahlsystemen verwendeten Wahlrechtselementen, lassen diese entscheidende Voraussetzung jedoch höchst fragwürdig erscheinen (Herron und Nishikawa 2001; Cox und Schoppa 2002; Ferrara et al. 2005).

Unsere Arbeit baut auf diesen neueren Forschungsergebnissen auf und identifiziert erstmals die Parteizugehörigkeit eines Kandidaten, der seinen Wahlkreis bei der letzten Wahl gewonnen hat (Amtsinhaber), als eine wichtige Ursache von Kontamination. Falls ein guter Wahlkreisabgeordneter die Popularität seiner Partei im Wahlkreis erhöht, ist anzunehmen, dass dieser Kontaminationseffekt auch dann auftritt, wenn der Wahlkreisabgeordnete selbst nicht mehr zur Wiederwahl steht. Bislang wurde diese Wirkung des Amtsinhaberstatus von der Forschung zu Kontaminationseffekten übersehen. Dies mag daran liegen, dass sich die Kontaminationsforschung bisher darauf konzentriert hat, den Einfluss der bloßen Existenz von Wahlkreisbewerbern auf den Zweitstimmenerfolg einer Partei zu untersuchen. Den Befunden dieser Forschungsanstrengungen zufolge lohnt es sich für Parteien in jedem Fall, eigene Wahlkreisbewerber aufzustellen, da eigene Kandidaten aufstellende Parteien im Durchschnitt einen höheren Zweitstimmenanteil erhalten als Parteien, die auf die Aufstellung von eigenen Wahlkreisbewerbern verzichten.

In der umfangreichen Literatur zum Amtsinhaberbonus wird argumentiert, dass Wahlkreisabgeordnete einen Vorteil genießen, wenn sie in ihrem Wahlkreis erneut kandidieren. So haben beispielsweise in den Vereinigten Staaten und anderen Ländern Wahlkreisabgeordnete nachweislich einen bedeutenden Einfluss auf das Wahlergebnis in ihrem Wahlkreis (*incumbency effects*). Verbindet man diese beiden Literaturstränge, so ergibt sich folgendes Argument: Wirkt schon die bloße Präsenz eines Wahlkreiskandidaten positiv auf den Zweitstimmenanteil seiner Partei, so sollte der Amtsinhaberstatus, den dieser in seinem Wahlkreis genießt, eine noch weitaus stärkere Wirkung auf den Zweitstimmenanteil seiner Partei entfalten. Schließlich haben eine Partei und ihr Kandidat mit dem Gewinn eines Wahlkreises vier Jahre lang die Möglichkeit, die Wähler von den eigenen Vorteilen zu überzeugen. Dies ist ein weitaus längerer Zeitraum als der wenige Monate andauernde Wahlkampf, den die Literatur